

Die nächsten Schritte im Irak

Am 12. Juli 2007 präsentierte das Weiße Haus den vorläufigen Bericht zum Erfolg der Truppenaufstockung im Irak. Der Bericht zeigte Fortschritte in weniger als der Hälfte der vom demokratisch-kontrollierten Kongress festgelegten 18 Bewertungspunkte („benchmarks“). Starke Kritik an der neuen Strategie wurde schon im Vorfeld des Berichts geübt, und nicht nur Demokraten glauben, dass bis September, wenn der endgültige Bericht vorgelegt wird, keine großen Verbesserungen der Lage im Irak zu erwarten sind.

Angesichts der negativen Erwartungshaltung veranstaltete das U.S. Institute of Peace eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Crossing the Rubicon: Next Steps in Iraq.“ Mit dem Überschreiten des Rubikons sollte ausgedrückt werden, dass schwierige Entscheidungen bevorstünden, die unter Umständen nicht mehr umkehrbar seien.

Dr. Joost Hiltermann, stellvertretender Direktor des Programms für den Nahen Osten der International Crisis Group, einem unabhängigen Think Tank, der insbesondere im Bereich der Konfliktprävention und -lösung aktiv ist, beschrieb die Lage im Irak als furchtbar und warnte, sie könne sich noch um einiges verschlimmern. Zwar würde die Truppenaufstockung sich gerade erst entfalten, doch sei der Plan aus zwei Gründen zum Scheitern verurteilt. Erstens, es stünden nicht genügend US-Truppen zur Verfügung, und es sei nicht klar, wer die Aufgaben des US-Militärs zukünftig übernehmen könne.

Zweitens, es sei kein politischer Fortschritt zu erwarten. Von Beginn an hätten sich alle Bemühungen auf die irakische Zentralregierung konzentriert, die aber funktionsunfähig und geteilt sei, die weder einen Fortschritt erreichen könne, noch wolle. Denkbar sei

nur eine Einigung bezüglich des Ölgesetzes, denn dieses würde Vorteile für Schiiten und Kurden bringen. Alle anderen Diskussionsfelder, die den Sunniten mehr Macht zugestehen würden, seien aufgrund von relativen Machtverlusten für Schiiten und Kurden aussichtslos. Eine Einigung könne hier nur durch starken Druck von außen erzwungen werden.

Ein „Plan B“ zur Wahrung der US-Interessen und zum Schutz des Iraks sei deshalb vonnöten. Ansonsten drohe „ein Somalia - mit Öl.“ Um den Irak „einzudämmen“ müssten umfassende diplomatische Bemühungen, mit Iraks Nachbarstaaten und auf internationaler Ebene, initiiert werden. Dies würde zum einen dazu beitragen, dass Nachbarstaaten untereinander Schritte nicht missdeuteten. Zum anderen, sei eine solche Initiative erfolgsversprechend, da Staaten wie der Iran, ein Interesse daran hätten, den Irak nicht in sich zusammenfallen zu lassen. Gegenwärtig sei eine solche US-Initiative aber nicht sichtbar und die Idee der Eindämmung („containment“) müsse noch entwickelt werden.

Dr. Lawrence J. Korb, Senior Fellow beim, der Demokratischen Partei nahestehenden, Center for American Progress und Ko-Autor einer Studie des Think Tanks zum Abzug der US-Truppen aus dem Irak, stellte heraus, dass es keine guten Alternativen im Irak gebe. Auch könnten keine Garantien gegeben werden, dass ein bestimmter Plan funktioniere. Allerdings müssten die USA ihre Sicherheitsinteressen verfolgen. Diese seien, erstens, der Irak dürfe nicht zu einem Rückzugsgebiet für Al-Kaida werden und, zweitens, die Region dürfe nicht weiter destabilisiert werden. Um diese Interessen zu schützen, müssten die USA ein Datum festsetzen, an dem die Truppen abgezogen werden sollten und das bedingungslose Aus-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

TOBIAS HECHT

Juli 2007

www.kas.de/usa

www.kas.de

bilden und Ausrüsten der irakischen Sicherheitskräfte müsse eingestellt werden. Für einen Abzug sei ein Jahr ein angemessener Zeitrahmen. Bezüglich der irakischen Sicherheitskräfte bemerkte Dr. Korb, dass manche besser trainiert seien als die „Kinder,“ die die USA in den Kampf schickten. Trotzdem würden die US-Soldaten besser kämpfen – da sie für etwas zu kämpfen und zu sterben hätten. Des Weiteren betonte Dr. Korb, dass „Nationen keine permanenten Freunde oder Feinde hätten, sie hätten permanente Interessen.“ Außer einem Abzugsdatum und der Aufgabe der gegenwärtigen Ausbildungsbedingungen, sei ein erneuertes UN-Mandat, wobei auch Europa und China ein Interesse an einem stabilen Irak zeigen sollten, mehr Truppen in Afghanistan und eine „Erneuerung“ der US-Armee notwendig, um amerikanische Interessen zu wahren.

Die Meinung, dass es nicht unbedingt verkehrt war, das Saddam-Regime zu stürzen, vertrat John Packer, ehemals hochrangiger Mitarbeiter bei der UN für Menschenrechte und bei der OSZE für Minderheitenrechte. Das Problem sei jedoch der Schlamassel, welcher der Invasion folgte. Er hob hervor, dass falsche Vorstellungen und Unwissen zu dieser Entwicklung beigetragen hätten. Als Beispiele fügte er die Geschehnisse um Abu Ghraib (von vergleichbarer Relevanz wie Robben Island in Südafrika) und das fehlkonstruierte Wahlsystem (strikte Proportionalität) an. Zudem sei die immer wieder aufkommende Aufteilung des Iraks in drei Gruppen nicht sinnvoll, da die Beziehungen unter und innerhalb der drei Gruppen so komplex seien, dass bei dieser Idee schon von Ignoranz gesprochen werden müsse. Die Gruppen hätten keinerlei Interesse an irgendeiner Aufteilung des Iraks.

Herr Packer äußerte Bedenken, dass nun nicht mehr genügend Zeit und Raum verbleibe, in die politischen Institutionen zu investieren. Aus diesem Grund sei ein „robustes,“ internationales diplomatisches Engagement wünschenswert. Die USA sollten hierbei eine starke Rolle übernehmen. Die Idee, den Irak einfach zu verlassen, sei

unanwendbar. Die Folgen wären fatal (Öl-Preise, erhöhtes Konfliktrisiko in der Region). Ein längerfristiges Engagement sei nicht abzuwenden. Dies beziehe sich jedoch weniger auf eine militärische Dimension.

Die Podiumsteilnehmer zeigten sich einig, dass eine Aufteilung des Iraks in drei oder mehr Regionen („soft partition“) undurchführbar sei.